

Einblicke

#kurSHalten

CDU



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

mit meinem Newsletter möchte ich Sie auf dem Laufenden über meine aktuellen Themen im Wahlkreis und auch meine Arbeit im Landtag halten. Aufgrund der Vielzahl an Terminen, bildet der Newsletter nur einen

kleinen Teil meiner Arbeit ab. Bei Fragen oder Anregungen kommen Sie gerne auf mich zu.

Herzlichst

Ihre *Wiebke Zweig*

Proteste der Landwirtschaft und des Mittelstands

Unsere Landwirtschaft ist das Fundament unserer Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Die Kürzung und schrittweise Abschaffung der Dieselrückvergütung zusätzlich zur CO₂-Preiserhöhung würde die Land- und Forstwirtschaft doppelt belasten. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen dringend konkrete Zukunftsperspektiven statt weiterer Belastungen.

Umso verständlicher war es für mich und auch viele Bürgerinnen und Bürger, dass so viele Land- und Forstwirte zu Beginn des Jahres zu landesweiten Demonstrationen führen.

Auch ich war gemeinsam mit meinen Kollegen der CDU Fraktion Schleswig-Holstein sowie dem Landwirtschaftsminister Werner Schwarz bei einer Bauerndemo in Kiel.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Kürzungen zurückgenommen werden.



Mit der Polizei auf Streife



Auf dem Polizeirevier Bad Schwartau durfte ich eine Spätschicht mit der Polizeistreife mitfahren. Das Revier der Polizei Bad Schwartau erstreckt sich örtlich vom Rande Lübecks über den Hemmeldorfer See bis nach Scharbeutz. Dazu gehören die Polizeistationen Stockelsdorf, Ahrensböck, Ratekau, Scharbeutz und Timmendorfer Strand. Am meisten beeindruckt hat

mich die Souveränität, die Sorgfalt und das Einfühlungsvermögen der Polizisten. Ein Einsatz führte uns nach Lübeck und ich erhielt einen Einblick in den hohen bürokratischen Aufwand der Polizeiarbeit. Ich wünsche mir einen respektvollen Umgang zwischen den Bürger:innen und den Polizisten, die wirklich einen sehr guten Job für unser aller Sicherheit machen.

Neujahrsempfänge: Gute Gespräche

Zu Beginn des Jahres war ich u.a. auf den Neujahrsempfängen von Bad Schwartau und Ahrensböck. Hier wurde mit tollem Rahmenprogramm das letzte Jahr noch einmal Revue passiert und ein Ausblick auf die wichtigsten Themen im aktuellen Jahr gegeben. Wer noch keinen Neujahrsempfang besucht hat, möchte ich ermutigen sich dort zu einem Austausch mit Vertretern der Stadt, Vereinen und den verschiedenen örtlichen Parteien zu treffen. Man kommt immer wieder mit den verschiedensten Menschen ins Gespräch.

Podcast „Leinen los!“



Im Februar habe ich mit den beiden Gleichstellungsbeauftragten Tanja Gorodiski und Natalia von Levezow eine Folge für ihren Podcast „Leinen los“ beim Reporter in Neustadt in Holstein aufgenommen. Der Kreis Ostholstein ist eine von 10 ausgewählten Regionen aus ganz Deutschland, die an dem Aktionsprogramm „Kommune – mehr Frauen in die Politik“ teilnimmt. Ich freue mich auf den Podcast und bin besonders gespannt auf die Folge „Ran ans Ruder – Wege in die Kommunalpolitik“. Es war eine tolle Erfahrung und ich hoffe, dass sich wirklich mehr Frauen in die Politik trauen. Zusammen können wir so viel bewegen!

Meine Rede im Landtag: Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem noch erfolgreicherem Forschungs- und Wissenschaftsstandort machen!

Ich danke Ministerin Karin Prien für diesen Bericht. Es ist großartig, dass wir zur besten Plenarzeit dieses Thema aufrufen, da Wissenschaft und Forschung die Grundlage für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes sind. Der Aufstieg und wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik Deutschland fußte jahrelang auf Neugier und hartnäckigem Forschergeist.

Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich Prof. Wiestler (Präsident der HelmholtzGemeinschaft) „Neugier ist die treibende Kraft der Wissenschaft, Freiheit ist ihre unverzichtbare Basis. Auf diesen beiden Grundpfeilern gedeiht Erkenntnis - und damit gesellschaftlicher Fortschritt. Nur so können wir große Herausforderungen wie den Klimawandel, die Energiewende oder Volkskrankheiten bewältigen.“

Uns alle eint das Ziel, Schleswig-Holstein zu einem noch erfolgreicherem Forschungs- und Wissenschaftsstandort zu machen.

So lag auch der Fokus auf den Schwerpunktthemen: Medizintechnik, Meereswissenschaften, Lebenswissenschaften, Erneuerbare Energien, KI und Digitalisierung sowie Kultur- und Kreativwirtschaft. Zudem gab es eine Betrachtung der Universitätsmedizin. Wenn wir bei Wissenschaft und Forschung zukünftig weiter wettbewerbsfähig sein wollen, sei es national oder international, dann sind dies die entscheidenden Wissenschafts- und Forschungsbereiche.

Ende 2021 Jahren hat das Ministerium den Wissenschaftsrat um die Begutachtung unseres Hochschulsystems sowie der Universitätsmedizin gebeten. Der Begutachtungsauftrag war, die Potenziale unseres Hochschulsystems mit den Leistungsdimensionen Lehre, Forschung, Transfer und Infrastruktur zu bewerten und geeignete Maßnahmen zur Entwicklung des Lan-



des in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht dazustellen.

Die Strukturbegutachtung zeigt unsere Alleinstellungsmerkmale und unsere Entwicklungspotentiale auf. Das Resultat liegt nun auf 688 Seiten vor und diese müssen nun mit den Hochschulen zusammen bewertet werden. Die 402 Empfehlungen wurden in 14 Clustern zusammengefasst, die in der Projektgruppe zusammenhängend diskutiert werden. Der Wissenschaftsrat selbst ist in der Vergangenheit bei Landesstrukturbegutachtungen von einem Umsetzungshorizont ausgegangen, der auf fünf Jahre angelegt war.

Unsere Hochschulen und unsere Hochschulmedizin sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind ein zentraler Treiber von Innovationen!

Sie prägen unsere wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes und haben eine Schlüsselrolle bei der Sicherung von Fachkräften.

In der Medizin sieht es ebenfalls positiv aus. Beide Standorte haben den richtigen Kurs eingeschlagen seit der letzten Begutachtung. Sei es bei der Kooperation oder auch in der einzelnen Standortentwicklung. Der Kurs

muss fortgeführt und die klinischen Schwerpunkte: Forschung und Lehre müssen besser zusammenwachsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren - es wird im Ergebnis eher eine Zukunftsstrategie 2035 oder 2040 für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein sein können als eine Zukunftsstrategie 2030. Aber was wir an Defiziten kennen, können wir schon jetzt bearbeiten.

U.a. wurden folgende Verbesserungsvorschläge aufgeführt:

- Die Akteure der Wissenschaft und der Politik sollten eine übergreifende Landeshochschulplanung abstimmen
- Eine Vereinfachung der Finanzierungs- und Steuerungsarchitektur
- Höherer Stellenwert für den Hochschulbau
- Weiterentwicklung der Studienangebote
- Eine Landestransferstrategie

Damit werden wir uns tiefgehend befassen. Vorweggreifend möchte ich Folgendes kurz ansprechen: Es ist unsere Aufgabe im Parlament, die Rahmenbedingungen für diesen Prozess zu schaffen und ihn in den kommenden Jahren intensiv zu begleiten.

Dennoch: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gilt die Hochschulau-

tonomie in vielen Bereichen. Und das haben wir im Bildungsausschuss in der letzten Woche hinreichend diskutiert. Populistische Forderungen und Behauptungen sind hier vollkommen fehl am Platze.

Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte an dieser Stelle Prof. Dr. Andreas Wirsching (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) München – Berlin, LeibnizGemeinschaft) zitieren:

„Die Wissenschaft ist immer mit unterschiedlichen Interessen konfrontiert, die ihre Freiheit bedrohen. Nicht nur gegenüber direkten Zugriffen durch die Politik gilt es wachsam zu sein, sondern ebenso gegenüber den Zumutungen der Ökonomie und an-

derer Nützlichkeitsabwägungen. Zugleich bedarf Wissenschaft stabiler Kommunikationsstrukturen und klar definierter Karrierewege.“

Natürlich ist es ärgerlich, dass wir die drei Exzellenzcluster nicht bekommen haben, aber die Auswahl der Skizzen ist eine rein wissenschaftliche Entscheidung. Die Landesregierung hat ihren Part der finanziellen Unterstützung an dieser Stelle mehr als erfüllt. Ich hoffe, dass die beiden bestehenden Cluster erneut ausgewählt werden und ihre ausgezeichnete Arbeit auf diesem Niveau fortführen können. Abschließend gilt mein Dank der Landesregierung. Sie hat mit der Landesstrukturbegutachtung Mut bewiesen

– liebe Kolleginnen und Kollegen – Mut, weil es keine Verpflichtung für die Länder oder die Hochschulmedizin gibt, sich einer Begutachtung des Wissenschaftsrats zu unterziehen.

Wenn wir als Land SH neben großen Hochschulstandorten in der Bundesrepublik bestehen wollen – dann müssen wir uns mit unseren Entwicklungspotenzialen auseinandersetzen. Natürlich auch mit den Defiziten, um diese zu beheben. Es ist die Chance, die externe Brille aufzusetzen und eine Strategie zu entwickeln und zu priorisieren – auf Grundlage valider Daten und Gutachten.

Nutzen wir diese einmalige Chance, die uns die Begutachtung bietet!

Meine Rede im Landtag: Effektive Unterstützung bei Naturkatastrophen

Die jüngsten Naturkatastrophen, wie das Ahrtal-Hochwasser oder die Ostsee-Sturmflut im vergangenen Oktober, verdeutlichen zwei wesentliche Dinge:

1. unsere Reaktionsmöglichkeiten im Krisenfall verbessern müssen
2. und das ist noch viel wichtiger: dass wir vorausschauender Vorsorge betreiben müssen.

Naturkatastrophen haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und verursachen weitreichende Schäden, sowohl emotional als auch finanziell. Viele Menschen stehen nach solchen Katastrophen vor dem finanziellen Ruin, da sie nicht ausreichend gegen Elementarschäden versichert sind. Eine verpflichtende Elementarschadensversicherung könnte eine entscheidende Rolle spielen, um die finanzielle Belastung für die Betroffenen zu mildern und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt zu reduzieren.

Denn lassen Sie uns nicht vergessen, dass eine rechtzeitige Vorsorge, beispielsweise durch den Abschluss von Gebäudeversicherungen, oftmals gar nicht möglich ist, weil viele Versiche-

rungen jene sogenannten Elementarschäden ausschließen. In einem ersten Schritt sollten wir diese Grundproblematik offen diskutieren und unsere Bürgerinnen und Bürger in gefährdeten Regionen besser aufklären. Doch Aufklärung allein genügt oftmals nicht. Denn viele Versicherer wollen schwer kalkulierbare Risiken überhaupt nicht versichern. Gerade bei Großschadenslagen droht den Versicherern, dass die Versicherungsleistungen die eingenommenen Versicherungsprämien übersteigen. Die vorsichtig kalkulierenden Versicherer werden deshalb sehr hohe Versicherungsprämien verlangen.

Die Einführung einer Elementarschadensversicherung allein ist jedoch kein Allheilmittel. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die Wahrscheinlichkeit der Entstehung solcher Schäden so gering wie möglich ist. Dazu gehört als erstes die Sorge um einen funktionierenden Hochwasserschutz. Aber auch planungs- und baurechtlich müssen wir dafür sorgen, dass möglichst wenig Gebäude in Hochrisikobereichen stehen.

Zu einer umfassenden Prüfung al-

ler Möglichkeiten gehört dann aber auch, jene Pflicht zum Abschluss einer Elementarschadensversicherung ernsthaft in Betracht zu ziehen. Das Ergebnis einer solchen Prüfung möchte ich nicht vorwegnehmen. Es gibt berechtigte Bedenken, ob den Bürgern eine Versicherungspflicht auferlegt werden kann, wenn es nur um die Deckung eigener Schäden geht. Andererseits kann man den Grundgedanken für eine Pflichtversicherung für Elementarschäden aus unserem Sozialversicherungsrecht herleiten: Hier gibt es die Pflicht zur privaten Vorsorge, auch damit keine Hilfebedürftigkeit eintritt, die unsere Gesellschaft zu sehr belastet. Ein weiterer entscheidender Punkt betrifft die Verlässlichkeit staatlicher Unterstützung in Zeiten von immer häufiger auftretenden Extremwetterlagen. Insbesondere im Hinblick auf die jüngsten Flutschäden in unserem Schleswig-Holstein ist es von großer Bedeutung, dass der Bund seine Zusagen einhält. Die betroffenen Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass die versprochene finanzielle Hil-

fe tatsächlich ankommt und effektiv genutzt wird, um den Wiederaufbau zu unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Puzzleteil für eine effektive Unterstützung bei Naturkatastrophen ist das Projekt der mobilen Betreuungsreserve (MBW 5000) des Bundes. Dieses Projekt ermöglicht die Betreuung einer großen Anzahl Betroffener in einer Notlage für bis zu einem Jahr. Die modular und flexibel nutzbaren Einheiten funktionieren autonom und können selbst bei zerstörter Infrastruktur eingesetzt werden. Das Projekt zeigt, dass sich der Bund grundsätzlich der Herausforderung bewusst ist, vor der wir als Gesellschaft stehen, und Konzepte entwickelt, um die Ressourcen und Kapazitäten u.a. für die Bewältigung von Naturkatastrophen zu stärken. Es ist ein Zeichen der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Ebenen unserer Heimat.

Umso wichtiger ist daher, dass das nächste Modul zeitnah verwirklicht wird und dabei mit den bestehenden Instrumenten und Konzepten kompatibel ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Grund der Sturmflut-Schäden vom Oktober hat unsere Landesregierung verschiedene Hilfsmaßnahmen ergriffen. Gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein haben wir die sogenannte „Überbrückungshilfe Sturmflut“ auf den Weg gebracht, mit der wir insgesamt 20 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen zum Wiederaufbau bereitstellen. Naturkatastrophen, sei es Erdbeben, Überschwemmungen, Stürme oder andere tragische Ereignisse, hinterlassen oft Zerstörung und Leid. Es ist unsere moralische Pflicht, Solidarität zu zeigen und denjenigen, die von diesen Ereignissen betroffen sind, unsere uneingeschränkte Unterstützung zukommen zu lassen. Die Frage lautet nicht, ob wir helfen sollten, sondern WIE wir am effektivsten helfen können.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam daran arbeiten, unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber Naturkatastrophen zu machen.



